



schmerz darauf an, daß die Mehrheit des Proletariats zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sozialismus kommt, wenn die Menschheit vom Kapitalismus zu einer höheren Kulturstufe gelangen will. Unsere Partei ist auf dem besten Wege dazu, in absehbarer Zeit die Mehrheit des Proletariats für den revolutionären Sozialismus zu gewinnen.

Zu den bisherigen sozialrevolutionären Organisationen ist eine neue proletarische Kampforganisation gekommen, das Rätesystem. Das Rätesystem ist aus der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus geboren. Der Fortschritt der Industrie, sagt Marx, dessen willen- und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füssen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.

Das Rätesystem soll die Proletariatsmassen in den Betrieben zum revolutionären Handeln zusammenschließen. Das Rätesystem steht erst am Anfang seiner Entwicklung. Seine Aufgabe ist nicht nur die Schaffung einer neuen proletarischen Kampforganisation, sondern das Rätesystem ist auch die Grundlage für den organisatorischen Aufbau der Diktatur des Proletariats und die Urzelle für die Organisation der sozialistischen Gesellschaft. Das Rätesystem ist demnach ebenfalls ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus. Weil dem so ist, deshalb kommt es nicht nur darauf an, daß die Proletariatsmassen in den Betrieben vom Rätesystem zusammengesetzt werden, sondern die Proletariatsmassen müssen für den Sozialismus vereint werden. Wer etwa glauben wollte, es handle sich bei dem Ringen der verschiedenen sozialistischen Strömungen gegeneinander nur um ein Parteigegenzug, und in den Räten könnten die Proletarier über die engen „Parteiablonen“ hinaus zusammengeführt werden, der würde vollkommen das wahre Wesen jeder Einigkeit verfehlen. Die Einigkeit ist nur möglich auf dem Boden gleicher Grundzüge, für die gemeinsam mit Wort und Tat gewirkt werden muß. Ein Rätesystem, in dem die Proletarier nur äußerlich, nur organisatorisch vereint werden, dem die innere Einigkeit und Geslossenheit fehle, wäre nicht aktionsfähig im revolutionären sozialistischen Sinne. Es kommt doch aber darauf an, im Rätesystem die Proletarier zum revolutionären Handeln zusammenzuführen.

Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Krieg war schon lange nur ein Koloss auf Löthernen Füßen. Die „eine Million organisierter Sozialdemokraten“ bildete nur organisatorisch eine Einheit. Darum die Ohnmacht und der fast unglaubliche Zusammenbruch beim Ausbruch des Krieges. Mit dem Rätesystem, wie es heute zusammengesetzt ist, steht es kaum besser. Die beiden Rätesysteme lehnen uns, daß die Räte in ihrer Gesamtheit zum revolutionären Handeln unfähig sind, weil sie rein organisatorisch die widerstreitendsten Elemente von dem äußersten rechten Flügel der Rechtssozialisten bis zum äußersten linken Flügel der Kommunisten vereinen, ganz abgesehen von den bürgerlichen Elementen in den Räten.

Es gibt keine Wahl. Das Rätesystem kann seine geschichtliche Mission nur dann erfüllen, wenn es von innen her einig, ehrlich, revolutionären Sozialisten beherrscht und angeführt wird. Dieser Erkenntnis muß vor allen Dingen dem Wahlsrecht für die Räte gerecht werden. Bis zur vollendeten sozialistischen Gesellschaft ist das Rätesystem ein proletarisches Kampf- und Herrschaftsmittel. Bis dahin muß alles Gerede von Demokratie und Gleichberechtigung schweigen. Mit dem Wahlsrecht steht und fällt das Rätesystem. Je länger wir aber auf ein revolutionär orientiertes Wahlsrecht für die Räte warten müssen, desto mehr lösliche Zeit und Kraft geht dem Klassenbewußten Proletariat verloren.

Die Bedeutung dieser Wahlrechtsfrage fordert, daß sich sofort alle revolutionären Proletarier an ihrer Klärung beteiligen. Eine gründliche Prüfung und Diskussion über das Wahlsrecht für die Räte ist in breiter Öffentlichkeit nötig. Es gilt, das denkbar beste Wahlsrecht zu finden, das die Wirkung hat, ein festes sozialistisch-revolutionäres Rätesystem zu schaffen.

## Es ist unerhörte!

### Plünderungen zum neuen Krieg.

Zimmer froher hebt wieder der deutsche Militarismus sein Haupt. Zimmer unerschämter werden die Kufser zum Beginn eines neuen Krieges, immer unerschämter wird zum Beginn eines neuen Feldzuges aufgeföhrt. Der Kreistag von Kreuzburg in Oberschlesien hat an Noske und den preussischen Kriegsminister ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

In der Gegend von Posen wie von Polen wohnend, besteht in unserer Kreisbevölkerung nur der Wunsch, den Polen mit Waffen entgegenzutreten, nicht mit Schusswaffen und Bürgergardien, sondern mit unserem immer unbeflegel geliebten Heere, dessen Hohes Aufstreben genügt, um Polen zu zerschlagen und jedes Wesen nach unserer Erde im Reine zu erlösen. Wir wissen uns mit der überwältigenden Mehrheit unserer Kreisbevölkerung ein, wenn wir bitten, in der bedrohten Ostmark eine Anzahl von Jahrgängen zu den Bahnen zu rufen und unter Hindenburgs Führung den Polen entgegenzutreten. Dann wird der Schluß Obereschlesien, Danzig und Posen mit einem Schlage in deutschem Sinne entschieden sein. Unsere Kreisbevölkerung verspricht es nicht, daß man der Kosow Heer nicht mit einer Komme entgegentritt.

Es soll also nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Polen darüber, welchem Lande sie sich anschließen sollen, mit Füßen getreten werden. Hindenburg soll die immer „unbeflegel geliebten Heere“ zur Wiedereroberung der bereits besetzten polnischen Gebiete anführen. Diese Forderung bedeutet nicht nur das Verlangen nach einem Meistbietenden mit den Polen, sondern sie ist eine offene Kampfanklage an die Entente.

Noch schlimmer ist aber ein Aufruf, den der Hauptmann von Krantz in Köln, kommandiert zum Stabe der Reichswehrbrigade 15 in Berlin, in der bürgerlichen Presse zum Beitritt in die Reichswehr erläßt. Es wird darin verlangt

„In ihr Feldzügen, die ihr stündlich und täglich eurer Leben für das Vaterland eingesetzt habt, habt ihr nur das getan, weil das Gesetz es befehlt? Nein, weil ihr wußtet und wisset, daß es eure heilige Pflicht und Schuldigkeit war, auch für den Schutz der Heimat einzusetzen. Merket ihr nicht, wenn der Feind das nächste Mal kommt, sollen eure Kinder dann zur Seite stehen und sich hinter bewährten Kriegskrieger verbergen?“

Darum heraus, Deutsche, die ihr Deutsche sein und nicht nur Deutsche heißen wollt. Tretet ein in die Reichswehr, ihr schlichterprobten Kameraden, als Lehrer und Vorkämpfer, tretet ein in die Reichswehr, ihr jungen Leute im waffenfähigen Alter, daß ihr euch vorbildet und daß ihr waffenfähig und kampferfahren seid für die Stunden der Not. Schickt eure Söhne, ihr Väter, die ihr einst dienete und vielleicht noch heute den Segen eurer Dienstadt spürt: Erziehung zur Pflichterfüllung und Treue, zur Pünktlichkeit und Sauberkeit, Ordnung und Gehorsam, die ihr eure Kenntnisse erweiteret im Verkehr mit den Kameraden aus anderen Landes-teilen und anderen Berufen.

Ein halbes Jahr kann jeder opfern, zumal bei der heutigen hohen Löhnung, auch du, der du noch mittelmäßig stichst in der Vorbereitung auf deinen Beruf, gib den Zeiterlaß hin und löusche körperliche Ermüdung und geistige Frische für dein ganzes Leben dafür ein.

Kommt, jeder, wenn es ihm am besten paßt, der Landmann im Winter, wenn die Arbeit nicht drängt, der Kaufmann, wenn das Geschäft stiller ist, der Student im Sommer, wenn es ihn herauszieht aus der Schwüle des Hörsaals, aber kommt, kommt alle. Dann wird die Reichswehr zeugen von ungebrodener deutscher Kraft, für die deutsche Zukunft bürgen und die deutsche Freiheit wahren.

Dieser Hauptmann ist eine offizielle Persönlichkeit. Er handelt nicht aus eigenem Ermessen, sondern im Namen eines Teiles der dem Reichswehrminister Noske unterstellten Reichswehr. Wenn dieser Mann also schon davon spricht, „wenn der Feind das nächste Mal kommt“ und die jungen Leute auffordert, „waffenfähig und kampferfahren“ zu sein, so befragt das nichts anderes, als daß die Reichswehr schon zu neuen Kriegen rüstet und daß der Reichswehrminister, also die Regierung, dieses Treiben billigt.

Bezeichnend ist es, daß in dem Aufruf auf die „heutige hohe Löhnung“ hingewiesen wird und daß insbesondere „der Landmann“, „der Kaufmann“ und „der Student“ zum Beitritt aufgefordert wird. Die Arbeiter, soweit sie noch sozialistisches Empfinden haben, gelten als unzuverlässige Elemente. Die Reichswehr soll sich nur aus Bourgeois-Elementen als Kommandoführer und aus solchen Proletariern zusammensetzen, die sich als Kononensfutter gegen den äußeren, ebenso wie gegen den inneren Feind gebrauchen lassen wollen.

Wird die Regierung jetzt immer noch leugnen, daß von einflussreichen Stellen, daß von behördlichen Einrichtungen zum neuen Kriege gerüstet wird?

## Der Patriotenrummel, die Scheidemann-Regierung und die Konterrevolution.

In der neuesten Nummer der „Zukunft“ schreibt Maximilian Harden:

Die Bourgeoisie gittert vor dem Gespenst des Bolschewismus, vor Kommunismus, fürchtet, der harte Friede werde ihr noch höhere Steuern (bis zu 60 Prozent der höchsten Einkünfte will man schon jetzt geben) auferlegen und zugleich die Profitlosigkeit schmälern; und hofft, der Wind eines neuen Nationalismus, der sich den Empörungsmitteln wie dem Schloß des Nicos entwinnen soll, werde alles wegwirbeln, was sie in den „Gerungenheiten der Revolution“ unedelm geworden ist und gefährlich scheint. Die in schönstem Einvernehmen mit dieser Bourgeoisie regierende Sozialdemokratie, die, seit sie auf der Höhe der Macht thronet, alle ein Menschenalter lang geschienen Grundzüge verleugnet, und der deshalb die Arbeiter in Scharen zu den „Unabhängigen“ entziehen, hat denselben Wunsch, Nationalismus soll sie (die auf ihre Internationalen so hoch trunbfen) vor Kommunismus bewahren, soll die Lawine werden, die den Abhang der alten, ehrlichen Marxisten, der Unabhängigen, verschüttet, und soll eine Volkserregung schaffen, die erlaubt, noch länger, noch recht lange mit den brutalen Mitteln des Belagerungszustandes und der Maschinengewehre in einträglich, der Eitelkeit schmeicheln der Machterregung zu halten. Nur wenige scheinen, kaum mehr als ein Gänlein, zu ahnen, wie weit voran wir schon in der Gegenrevolution sind. Nicht einmal der Vorstoß in ehrliche Demokratie ist gelungen. Europäismus, das Kriegsgel der Westigen, neu verpönt, Schutzhaft und Standrecht, Orden und Paraden, Schießstände und Stadtrath, Wesperrung und Monocle: alles ist wieder da. Allddeutschland in den alten, bewährten Händen. Wer aus dem Verfahren gegen die Ermordung Diebstehts und der Frau Augemburg angeklagten Offiziere und Soldaten, aus den Berichten über München und Leipzigs Weißen Schrecken noch nicht gelernt hat, lernt's nimmermehr. Wird aber bald spüren, daß hier schlimmere Gefahr heraufzist als aus einem rasch zu besetzenden Buch unzulänglichen internationalen Arbeiterrechtes. Und die erkrankte Lust, die den Vertragsentwurf umbrüllt, soll, manchem Bräuer wird es schrecklich einleuchtend, das Schwert der Gegenrevolution schärfen.“

## Der Terror in Lettland.

Wie aus dem gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich in der letzten Zeit die Lage in Lettland wenig geändert. Der Ministerpräsident Kiedra hat sich wieder eingefunden und versucht, von dem deutschen Oberkommando unterhält, wie allen Mitteln die Mobilisation der Bevölkerung Widu zu verhindern. Abteilungen der baltischen Landeswehr und der Deutschen Freiwilligen durchziehen das Land und jagen nach „Revolutionären“ und „Bolschewisten“. Am schlimmsten haben die Strafexpeditionen im Widuischen und Windauschen Kreise gehaust. Im ersten Kreise hat die Abteilung Gleicher mehrere, den deutschen Batonen unbeschöne und aus dem Jahre 1906 als revolutionäre bekannte Dazern erschossen und viele verhaftet. Wölfer Geist in Windau herrscht, geht aus folgender Bekanntmachung des deutschen Kommandanten in Windau vom 21. April hervor, die wie der „Südost. Kreis“ entnommen:

„Da Mitteilung gemacht worden ist, daß über den Meerbusen aus Riga nach Nord-Ruralen rote Banden hinküchelt worden sind, um hier den roten Terror zu erneuern, Eisenbahnhaken zu zerbrechen und ruhige Einwohner an der Arbeit zu hindern, befehle ich:

1. Ein jedes Bandenmitglied als außerhalb des Gesetzes lebend

zu betrachten, daß ein jeder erschlagen oder auf irgendeine andere Weise unschädlich gemacht darf.

2. Bei der Anzeige eines umgebrachten Banditen wird den entsprechenden Personen von der Kommandantur Windau 100 Rubel. O. d. R. Kopf ausbezahlt werden.

3. Dieselbe Belohnung erhalten diejenigen, die den Aufnahmestort einer Bande, um dieselben zu verhaften, anzeigen werden.

4. Die Pflicht aller Bewohner des Kreises ist sofort über den Aufenthalt einer Bande Anzeige bei der nächsten Militärabteilung zu machen.

Jeder, der diese Pflicht nicht erfüllt oder den Danden irgendwie behilflich ist, wird mit dem Tode bestraft. Beweiser des Kreises Windau! Helft euren Kreis säubern! Ein jeder, der diesen Banditen Zuspruch gibt, oder dieselben irgendwie unterstützt, wird zum Tode verurteilt.

von Werden,  
Kapitän z. S. und Kommandant.“

Für jeden „totgeschlagenen“ Menschen wird also vom deutschen Kommandanten zu Windau eine Prämie von 100 Rub. ausbezahlt werden die örtlichen Einwohner von deutschen Offizieren zu Mord und Denunziationen verleitet. Eine höchst „kulturelle“ Aufgabe! Wie lange noch wird das deutsche Volk es dulden, daß der Terror der weißen Garde in Lettland von der Regierung Scheidemann-Noske gefördert wird?

## Syphilitische Soldaten in den Schulen.

In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurde ein Antrag angenommen, der die Rückführung der Schulen und öffentlichen Gebäude von freiwilligentruppen verlangt. In der Debatte kamen unglückliche Dinge zur Sprache, so u. a. die Tatsache, daß in manchen Schulen geschlechtsranke Soldaten untergebracht sind, während nebenan die Kinder weiter unterrichtet werden.

Der Abgeordnete Genosse Leib griff in die Debatte ein. Von seinen energischen Ausführungen tragen wir folgendes nach:

Man muß sich darüber wundern, daß trotz der weitgedehnten Demobilisation heute noch Schulen und öffentliche Gebäude in großem Umfange mit Soldaten belegt sind. Die Schulen sind doch nicht zu Kasernierungszwecken erbaut worden. Und in welchem Zustande sind die Schulen zurückgelassen worden? Verfaul, verstaubt und in unglücklichster Weise verwahrt. Gewaltige Summen müssen auf Wiederherstellung der Verfallenen aufgegeben werden, und auf lange Zeit hinaus sind sie nicht wieder benutzbar. Die Schulen sind, beweist der Erlass des Gouverneurs von Berlin, Schöpplin, der muntwunden zugibt, daß die Truppen gehaust haben wie in Feindesland, und daß eine unglaubliche Raumbeschwendung getrieben wurde.

Der materielle Schaden ist aber noch einmal des Schlimmsten. Weit schwerwiegender ist der moralische Schaden, den unsere Kinder erleiden. Der ist überhaupt nicht wieder gut zu machen. Und besonders Arbeiterkinder sind es, die dadurch gelitten haben. Und dieser Schaden scheint der Militärverwaltung noch nicht zu genügen. Man denkt nicht daran, die Schulen freizugeben; man will auch fernher und sogar in erweiterter Umfange die Schulen belegen. Noch heute haben wir in Berlin 88 Schulen, die vom Militär belegt sind. Da kann den Kindern nur ein ganz ungenügender Unterricht erteilt werden. Alsdiesem vor- und nachlässig wird Unterricht erteilt. Die Räume können infolgedessen nicht genügend gereinigt und gelüftet werden. Das bedingt ungeheure gesundheitliche Schädigungen. Man sieht die Kinder zur Stärkung der Gesundheit auf Land und macht zugleich den Erfolg illusorisch. Durch solche Maßnahmen begeht man ein Verbrechen an unseren Kindern.

In Halle hat man das Museum mit Märkischen Truppen belegt. Es wird dadurch nicht allein dem Publikum geschadet, sondern es besteht die Gefahr, daß die wertvollen Kulturschätze zerstört werden, die dort aufbewahrt sind.

Wir haben gestern schöne Worte über die Kulturfrage gehört und wie sie ausgerufen worden zur Wiederrückführung man aber hier tut, ist geradezu ein Verrat an den besten Werten des Volkes. Es ist das schwarze Kapitel dieser Zeit: Die Militärverwaltung hat nicht das mindeste Interesse für Kulturfragen. Sie teilt die Volksgemeinschaft geradezu mit Füßen. In Preußen haben auch heute noch militärische Interessen den Vorrang vor allen andern. Die Schäden, die auf diese Weise unserer Jugend zugefügt werden, sind nicht wieder gut zu machen. Der werden nicht nachlassen, das Volk darüber aufzuklären, daß es in Preußen-Deutschland nicht besser, sondern schlimmer geworden ist, als früher. Der Militarismus herrscht heute unumschränkt wie zuvor.

## Der rechte Ort.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hatte dem Parquetbureau der U. S. B. Mitteilung gemacht, daß die bei dem Oberfeld auf einer Parade durch beschlagnahmten Gegenstände auf Zimmer 508 des Kriminalgerichts, das ist im Geschäftszimmer der Brigade Reinhold, sichergestellt seien. Welchen Wert diese Sicherstellung hat, ergibt sich daraus, daß die ebendort „sichergestellten“ Sachen des ermordeten Genossen Leo Jogisches insgesamt zum großen Teil gestohlen worden sind.

## Erhöhung der Bierpreise.

Das Reichsernährungsministerium hat mit Rücksicht auf die eingetretene Steigerung der Herstellungskosten den Herstellungspreis für Bier einschließlich Steuer auf 80 M. für das Hektoliter erhöht. Für Herstellungsorte mit besonders großer räumlicher Ausdehnung und besonders hohen Herstellungskosten ist die Befreiung höherer Preise in Ausnahmeweise vorbehalten.

So steigen die Preise für Lebens- und Genussmittel immer mehr, so daß die Erhöhung der Löhne die notwendige Folge sein werden. Das setzen natürlich die Unternehmer nicht ein, sondern zeternd nach wie vor über Begehrlichkeit der Arbeiter.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister in Wien. Der neue Wiener Gemeinderat wählte mit 110 gegen 52 Stimmen Jakob Reumann, Sozialdemokrat, zum Bürgermeister von Wien.

Wahntumbstag für die Eisenbahner im besetzten Gebiet. Aufständischer Weigerung hat die interalliierte Eisenbahnkommission in Krier zugestimmt, daß vom 20. Mai an der 8-Stunden-Tag für die Arbeiter der Haupt-, Neben- und Betriebsverwaltungen und die Streckendienstleistungen eingeführt wird; für die übrigen Eisenbahner bedienten in-er in Aussicht gestellt worden.

Die Straßbahner in Köln haben wegen Verweigerung der Zuerstzulassung beschlossen, keine Fahrgäste mehr zu verladen. Infolgedessen wurde der Strom abgegesperrt, jedoch die Bahnen überhaupt nicht fahren können.

# Die „ungefährlichen“ Arbeiterräte.

## Regierungsbüße bei ihrer Beseitigung.

Durch die Bekanntmachung der preussischen Regierung vom 18. November sind die Gemeinden verpflichtet, den kommunalen Arbeiterräten Entschädigung für ihre Tätigkeit zu gewähren. In den Gemeinden, die sich dieser Pflicht zu entziehen trachten, gehört auch die Gemeinde Friedland, deren Gemeindevorstellung beschloß, die kommunalen Arbeiter- und Soldaterräte jede Verantwortung auf die Gemeindevorstellung zu übertragen und keine Entschädigung an ihn zu zahlen. Da sich der Gemeindevorstand nicht einverstanden erklärte, richtete der Friedländer Gemeindevorstand an den Minister des Innern eine Eingabe mit dem Ersuchen um Aufklärung über die Rechtslage. Daraus hat das Ministerium des Innern, wie Bürgermeister Wolger in der gestrigen Sitzung der Friedländer Gemeindevorstellung mitteilte, und wie der bürgerlichen Presse entnehmen, zunächst den mündlichen Beschluß gegeben (der schriftlich folgen soll), daß es Sache der neugewählten Gemeindevorstellung sei, zu entscheiden, ob sie neben sich selbst noch eine andere Kontrollkommission bestehen lassen wolle oder nicht. Nach dem Beschluß der Gemeindevorstellung das Organ zur Kontrolle der Gemeindevorstellung. In dieses Recht der Selbstverwaltung könne der Minister von Amts wegen nicht eingreifen; er sei daher nicht in der Lage, nach der einen oder anderen Seite eine Entscheidung zu treffen.

Ob dieser Auskunft frohlockt die bürgerliche Presse, sie hat sich das von ihr so lange herbeigesehnte Ende der Arbeiterräte. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Infolge dieser Entscheidung bleibt es also bei dem Beschluß der Friedländer Gemeindevorstellung über das Ende des kommunalen Arbeiterrats. Ebenso liegen die Dinge in allen anderen Gemeinden. Sollte eine Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevorstellung in der eine sozialdemokratische oder gar „unabhängige“ Mehrheit besitzt, trotzdem das Bestehen des kommunalen Arbeiterrats beschließen, so würde ein solcher Beschluß als gegen die Gesetze (Landgemeinde- und Städteordnung) verstoßend rechtlich ungültig sein und damit verwaltungsgerichtlich angefochten werden.

Es ist immerhin ein Fortschritt und erfreulich, daß man sich an den maßgebenden Stellen allmählich daran erinnert, daß wir in einem Rechtsstaat leben und deshalb die Notwendigkeit begriffen, zu den Grundlagen dieses Rechtsstaates zurückzukehren. Die Frage hat man sich bekanntlich in solchen Konfliktfällen bequem gemacht und kurzerhand von einem „Revolutionsrecht“ geredet. Dieses ungesetzliche Recht hat Minister Heine jetzt endlich über Bord geworfen, nachdem man 6 Monate lang mit angesehen hatte, wie man mit dessen gültiger Hilfe immer tiefer in die Anarchie kam.

Aber der „Deutschen Tageszeitung“ genügt nicht die Beschränkung der Arbeiterräte, sie fordert die ihren Wünschen entsprechende Regierung auf, auch alle anderen „Revolutionsorgane“ zu beseitigen. Ja, daß die „Revolutionsorgane“ beseitigt werden, ist derart notwendig, daß man die kommunalen Arbeiterräte als derart ungesetzliche Organe auch von der Regierung anerkannt sind, halten wir es für dringend nötig, daß man auch anderen „Revolutionsorganen“ mit sorgfamer Prüfung auf ihre Existenzberechtigung näher tritt, insbesondere und vor allem den eigentlichen Kontrollorganen bei den oberen Verwaltungsbehörden.

Die Rätewirtschaft, die, wie anerkannt werden muß, zu ihrer Diskreditierung selbst das Menschenbild beigebracht hat, muß der gesamten Öffentlichkeit als gesetzlich ebenfalls unzulässig und unbedenklich wie praktisch unhaltbar nachgewiesen werden. Je eher dieser Fremdkörper an der Wunde entfernt wird, die die Revolution selbst der ebendem mangelhaften preussischen Verwaltung geschaffen hat, um so schneller kann der Heilungsprozeß eingeleitet werden.

Das sind die wahren Absichten der Reaktionäre! Die Beseitigung der kommunalen Arbeiterräte, zu der die Regierung hilfreiche Hand bietet, soll nur der Anfang sein zur Beseitigung aller Arbeiterräte.

Die Gemeindevorstellung von Zehlendorf hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, vom 1. Juni 1919 ab dem K. und K. Rat keinerlei Entschädigung mehr zu zahlen.

# Die Provokation in Schöneberg.

Der deutsch-demokratische Verein Schöneberg veröffentlicht in der „Berliner Tageszeitung“ und in der „Vollzeitung“ eine Erklärung über die Sprengung ihrer Versammlung durch Kommunisten am 1. Juni 1919. Diese Darstellung ist ohne Zweifel klar und deutlich, muß doch selbst die „Berliner Volkszeitung“ zugeben, daß der Bericht „den Ton der Erregung über die Verhältnisse widerspiegelt“.

Es wird u. a. behauptet, daß von den Personen, die in die provokatorische Versammlung eindrangen, Tische geschlagen und mehrere Personen verletzt worden seien. Wir haben allen Grund, diese Darstellung anzuzweifeln. Sollten aber tatsächlich Ausschreitungen in dieser Hinsicht vorgekommen sein, so müßten wir sie selbstverständlich. Die Erregung der Besucher unserer Versammlung ist ja ohne weiteres begreiflich. Sie wurde hervorgerufen durch die militärische Provokation, durch das Erscheinen einer bewaffneten Soldaten in einer Versammlung, die angeordnet war. Sie wurde noch erhöht, als auch das Abhalten einer Mitgliederversammlung verboten wurde. Es ist ganz klar, daß die Anhänger unserer Partei darüber um so mehr empört sein mußten, als den nationalsozialistischen Parteien keinerlei Beschränkung der Versammlungsfreiheit auferlegt wird.

Alle derartigen Vorgänge ließen sich vermeiden, wenn im neuen Deutschland gleiches Recht für alle bestehen würde, wenn nicht die Militärdiktatur sich das Recht anmaßen dürfte, gegen unbewegliche politische Gegner mit Waffengewalt vorzugehen.

# Bühnigkeitung.

Genosse Krest leitete mit: Von der ersten Sitzung des Rätebundes ist für die Räteversammlung der Bericht nicht nach einem Szenarium, sondern nach dem tatsächlichen Geschehen abgefaßt worden. Die „Freiheit“ hat diesen Bericht übernommen und folgende falsche Wiederholungen veröffentlicht: „Infolge nicht: Däumling hat den Antrag der U. S. P. usw.“

„Infolge nicht: Däumling hat den Antrag der U. S. P. usw.“ „Infolge nicht: Däumling hat den Antrag der U. S. P. usw.“ „Infolge nicht: Däumling hat den Antrag der U. S. P. usw.“

# Aus der Partei.

Die Kontrollkommission der U. S. P. D. hat den Genossen Bod wiederum zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Alle Beschwerden sind zu richten an folgende Adresse: Wilhelm Bod, Gotha, Reichenberg 14.

# Aus der Parteipresse.

Die beiden erschienenen Nr. 11 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Krest und Bluff, von Rud. Wochow; Von Dreß-Bitow und Rastenspöhe, von R. Janitsky; Die Diplomatie der Vergangenheit, von R. G. Polmann; Geschäfte der Schwerindustrie, von J. J. J. J.

# Gewerkschaftliches.

## Kein Zurückweichen vor Kosta.

In der Generalversammlung der Filiale Berlin des Bundes der Schneider, Schneiderrinnen und Wägarbeiter, die am Freitagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, berichtete Schumacher auch über die Verhandlungen mit dem Reichswehrminister Kosta wegen des gefahnen Soldatenbeschlusses, der sich gegen die Angehörigen der Freiwilligenkorps richtet. Nach der ausführlichen Wiedergabe dieser Verhandlungen, über die wir bereits eingehend berichtet haben, wurde von der Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit der Stellungnahme des Kollegen Schumacher bei der Verhandlung mit dem Reichswehrminister am 7. Mai einverstanden. Sie erklärt weiter, daß sie den Beschluß vom 16. April hochhält und es ablehnt, mit ehemaligen Freiwilligen der Rotgardie zusammenzuarbeiten. Die Kollegen und Kolleginnen werden aufgefordert, mit allen Mitteln diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen.“

Bevor wurden in der Versammlung noch einige organisatorische Fragen erledigt. Der Kassenbericht, den Kosta gab, wies eine Einnahme von 244.470,70 M., eine Ausgabe von 181.408,44 M. auf, so daß ein Kassenbestand von 63.062,26 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand betrug Ende März 16.976. Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt. Als angestellter stellvertretender Bevollmächtigter wurde Kollege Willy Lehmann gewählt. Die Erschweren zur Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: Zweiter Bevollmächtigter Kotsch, Beisitzer: Eder, Wolf, Bjennig, Grell und Kuebach. Einstimmig wurden die von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Teuerungszulagen für die Verbandsangehörigen bewilligt.

Beabsichtigt wurde, als Delegierte zu Kongressen usw. nur Kollegen mit mindestens dreijähriger Mitgliedschaft aufzustellen. Das Bureau der Berliner Filiale ist nun jetzt ab auch Freitag, abends von 6-7 1/2 Uhr, geöffnet.

## Entmilitarisierung der Heeresbetriebe!

Die Schließung der Heeresbetriebe in Spanien und die damit verbundene Kündigung der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe veranlaßt die technischen Angestellten der spanischen Heeresbetriebe in einer Dienstreise, den 30. Mai in der Aula des Oberlegiums zu Spandau veranfaßten Versammlung gegen die erfolglos verlaufenden Verhandlungen zu protestieren. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde am 30. April ein einstimmiger Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: „Die Leitung der Betriebe ist bewährten Fachleuten zu übertragen; ihnen ist ein Beitrag beizugeben, der aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten des Betriebes besteht.“ In einer Regierungserklärung zu diesem Beschluß wird dieser Satz noch weiter aufgeführt und gesagt: Die Spandauer Betriebe sind, soweit dies technisch durchführbar ist — boldigt in rationelle Heeresbetriebe umzuwandeln; bewährte Fachleute — Techniker und Kaufleute — erhalten die Führung.“ Mit diesen Darlegungen richtete der Widerstand, wenn — wie es jetzt geschieht — die bisherigen leitenden Offiziere und Militärsbeamten zwar auf ihrem Posten verbleiben, die Techniker und tüchtigen Kaufleute hingegen beurlaubt werden. Die Angestellten fordern die vollständige Entmilitarisierung der Heeresbetriebe und soweit wie irgend möglich die Weiterbeschäftigung der bisher dort tätigen Techniker und Kaufleute. In der Versammlung wurde wiederholt und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Umstellung der Heeresbetriebe längst hätte erfolgt sein können; sie dürfe aber nur unter Hinzuziehung der Arbeiter und Angestellten selbst erfolgen. Einstimmig wurde nachfolgende Entschädigung angenommen:

„Die am 30. Mai 1919 in der Aula des Oberlegiums zu Spandau veranfaßten technischen Angestellten der Heeresbetriebe erheben einstimmig Protest gegen die kürzlich erfolgten Umstellungen. Die Kündigungen widersprechen dem dem Haushaltsausschuß der Nationalversammlung am 30. April gefaßten Beschluß, wonach die Leitung der Betriebe bewährten Fachleuten zu übertragen ist. Die Versammelten sind der Ansicht, daß die in den Heeresbetriebe bisher beschäftigten Techniker oder Gewerbetreibende als „bewährte Fachleute“ im Sinne dieses Beschlusses angesehen werden können.“ Sie fordern daher, daß diese in erster Linie für die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft herangezogen werden. Der Versammlung beschränkt, daß eine unangenehme Aufrechterhaltung der Betriebe und damit die Weiterbeschäftigung aller Angestellten ausgeschlossen ist. Sie fordern aber, daß Kündigungen und Entlohnungen lediglich nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen werden, wobei in erster Linie der Familienstand und die wirtschaftliche Lage der Angestellten auszubehalten sein darf. Die Versammelten fordern die Wiedereinstellung ihrer Vertretungsorgane, denen bei der Auswahl der zu entslassenden das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht zu gewähren ist.

Die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft hätte nach Ansicht der Versammlung schon durchgeführt sein können. Deshalb fordern die Versammelten ganz energisch, daß jede weitere Verschleppung dieser Angelegenheit vermieden wird!

## Die Berliner Stereotypen- und Galvanoplastiker für das Räteystem.

In einer am 18. Mai stattgefundenen Versammlung des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgebung hielt der Genosse Reich einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Räteysteme und Gewerkschaften“. Er gab einen Überblick über die organisatorischen Verhältnisse der Arbeiterräte und schilderte den Kampf zwischen der U. S. P. D. und der S. P. D. Bei einer neuen Revolution würden ähnliche Parteien hinweggefegt werden und es würde sich dann eine nur rein sozialistische Partei bilden, die dann die betragene Arbeiterschaft und das geterritierte Wirtschaftsleben neu aufbauen werde. Reich gab dann ein anschauliches Bild von den Aufgaben der Räte und beschrieb eine Verfassung mit den Gewerkschaften, deren bisheriges Programm als erledigt zu betrachten sei; ihnen sollen in Zukunft andere Aufgaben zu. Nach diesem Vortrag stimmte die Versammlung der nachfolgenden Resolution zu: „Die am 18. 5. 19 tagende Versammlung des Vereins Berliner Stereotypen- und Galvanoplastiker stellt sich auf den Boden des Räteystems. Die Versammlung schließt im Räte-“

system ein Mittel zur unbedingt notwendigen Bereinigung der Arbeiterschaft, zur Sozialisierung und zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zwecks Rettung der hartenden Menschheit aus dem tiefen Chaos.“

## Der Zentralverband der Handlungsgewerben.

Der Zentralverband Berlin, hielt am Dienstag eine fast besuchte Mitgliederversammlung ab, die sich mit der Wahl von Delegierten zum Verbandstag beschäftigte. Die Aussprache über die Kandidaten für den Verbandstag wurde aus dem Vorberichtsprotokoll ihren Standpunkt zum Räteystem darlegen. In der Diskussion kamen die verschiedenen Parteianschauungen lebhaft zum Ausdruck. Kollege Frey Schmidt appellierte in längerer, eindringlicher Rede an die Anwesenden, bei aller Verschiedenartigkeit der politischen Anschauungen im Kampfe um die besten Rechte der Angestellten geschlossen beizutreten zu stehen. Ein Antrag, die Delegierten durch Abstimmung zu wählen, wurde abgelehnt. Es wurden durch Stimmzettel folgende Kollegen gewählt: Frey Schmidt, Karl Kubly, Hans Roda, Max Schröder, Margarete Weinberg, Selma Kohl. — Ein Antrag der Jugendsektion, dieser eine Vertretung auf dem Verbandstag einzuräumen, wurde der Ortsverwaltung übergeben. Die Versammlung protestierte dagegen, daß der Berliner Ortsverwaltung über 45.000 Mitglieder nur sechs Delegierte zum Hauptverband zugewilligt worden sei. Diese Regelung entsprache nicht dem Sinne der statutarischen Bestimmungen.

## Generalversammlung der Saffler und Portersaffler.

In der am Donnerstag in Voelkers Befählen stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes der Saffler und Portersaffler, Fabrik Berlin, wurde zuerst die Wahl von drei Angestellten für die Berliner Verwaltung vorgenommen. Der Obmann der Prüfungskommission für die eingegangenen Bewerbungen, Kollege Hiller, erläuterte Bericht und empfahl der Versammlung als 1. Vorsitzenden den Kollegen Mohrmann aus Solingen. — Dieser Vorschlag rief eine lange und heftige sehr heftige Diskussion hervor. Schließlich wurde noch der Kollege Pinkowski, der als Bewerber für den dritten Angestelltenposten auftrat, mit zur Wahl als 1. Vorsitzender gestellt. Die geheime Abstimmung ergab für Mohrmann (Solingen) 210 Stimmen, für Pinkowski 189. Mohrmann ist somit gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Wehber einstimmig wiedergewählt, als dritter Angestellter Kollege Hauptmann. Sämtliche Bewerber hatten die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie auf dem Boden des Räteystems in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung stehen. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Kollege Blume gewählt. In die Gewerkschaftskommission wurden die Kollegen aus dem Vorstand entsandt.

## Tarifvertrag für Buchhandlungsbetriebe.

Zwischen dem Arbeitgeber-Verband der deutschen Buchhändler und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband ist für die Marktscheffler, Pader, Kutscher, Woten, Radfahrer ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Marktscheffler, Pader über 30 Jahre erhalten im ersten Jahre 75 M. Lohn pro Woche, im zweiten Jahre 80 M., im dritten Jahre 85 M.; Radfahrerinnen, Lagerarbeiterinnen über 20 Jahre einen 90 Prozent niedrigeren Lohn als Pader; Kutscher 90 bis 95 M.; Woten, Radfahrer, jugendliche Pader usw. beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 20 Jahren 25 bis 35 M.; Auszubehende 14 M. wöchentlich. Ueberstunden in dringenden Fällen werden mit dem 50. Teil des Wochenlohnes zusätzlich 50 Prozent der Aufschlag vergütet. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche. Urlaub wird unter Fortzahlung des Lohnes gewährt, nach einem Jahr Beschäftigung 8 Tage, nach drei Jahren 9 Tage, nach fünf Jahren 12 Tage. In Betrieben, wo noch keine Betriebskassen bestehen, sollen solche in Höhe von 75 bis 100 M. zur Auszahlung kommen. Anerkennung eines Schlichtungs-Ausschusses zur Beilegung von Streitigkeiten usw. Wegen Verzögerung der Verhandlungen findet die neue Lohnzahlung rückwärts ab Woche vom 21. April statt.

## Tarifverhandlungen im Gastwirtsgerwerbe.

In einer am Dienstag, den 20. Mai etc., von der Arbeiterschaft der Angestelltenverbände nach der Wilhelmstr. 10, dem Hamburger Straße, einberufenen und voll besetzten Versammlung berichtet Kollege Stegmann über die Verhandlungen. Diese haben dazu geführt, daß vom 1. Juni etc. ab auch im Bierrestaurantgewerbe das Tarifsystem eingeführt ist und von da ab feste Löhne gewährt werden. Von diesem Tage ab hat das gesamte Personal im Gastwirtsgerwerbe feste Entlohnung. Kellner im Offizier- und Weinlohn erhalten einen Wochenlohn von 100 bis 120 M. und Harthausprozent. Kellner in Bierrestaurants 110 M. und 2 u. 6 M. vom Umsatz, Kellner über 20 Jahre 60 M., Kellner bis 20 M., wöchentlich und Host, Hotelkellner 120 M., Zimmermädchen 84 M., Hausknecht 71 M., Küchenmädchen 60 M. pro Woche usw. Für Kellner können pro Tag 4 M., für Kellner 1 M. abgezogen werden. In der Diskussion erkannten sämtliche Redner den Vertrag als bedeutenden Fortschritt an, beantragten jedoch einstimmig die Wäre ihrer Branche. Nach mehrstündiger Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 20. Mai etc. folgende allgemeine Mitgliederversammlung des Deutschen Angestelltenbundes, des Gewerkschaftsverbandes und des Verbandes der Gastwirtsgehilfen erhebt den Protest gegen die Einführung des Tarifsystems. Sie erkennt die politische Arbeit an, erweist aber den Organisationsleitungen, daß dessen Zweck alles getan wird, um die im Tarif festgesetzten Mindestlöhne zu heben, was das Existenzminimum nicht erreicht worden ist.“

Die Versammlung beschloß dann die Einberufung von Sektionsversammlungen, um zu den einzelnen Positionen nachmalig Stellung zu nehmen.

Der Verband für alle in der Hut- und Hütwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 19. Mai im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress vornahm. Es erhielten Stimmen: W. S. P. D. Berlin 200, Sämtliche-Ludendahl 8, Kellner-Guben 1, gesamt 218 Stimmen. Als Kandidaten für den Verbandstag wurden aufgestellt die Kollegen: Göbde, W. S. P. D., Kellner, Schulte jun., Kellner, Frau Franke und Frau Wemmer. Hieraus berichtete W. S. P. D., daß der Beschluß des Tarifvertrages in der Buchhandlung immer noch nicht endgültig erledigt ist. Durch die vielen Organisationen der Arbeitgeber, die für die Buchhandlung in Frage kommen, verzögere sich der Abschluß; man hofft im Laufe der nächsten Woche zum Ziele zu kommen. Hierauf wird der Versammlung der Beschluß der Vertrauenspersonen, die zu der Lohnfrage für die kommende Winterpause in den Damen- und Herrenbetrieben Stellung genommen haben, zum endgültigen Beschluß vorgelagt; demnach sind die Forderungen in folgender Höhe einzutreten: für Männer 150 M., weibliche Arbeiterinnen 80 M. und Hilfsarbeiterinnen 60 M. pro Woche bei 48stündiger Arbeitszeit. Der Bericht der Statutenberaumungskommission wurde entgegengenommen und die ausgearbeiteten Entwürfe angenommen. Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gegen das Urteil im Liebschütz-Luzernberg-Prozess protestiert und Revision dieses Urteils verlangt wird.

Die Sektion „Straßenreinigung“ vom Verband der Gemeindevorstande und Staatsarbeiter hielt am 20. Mai etc. eine Versammlung ab. In dieser wurde nach einer Aussprache über den Bericht des Arbeiter-Ausschusses eine Resolution angenommen, worin ganz entschieden gegen die arbeitserneuerliche Haltung der Direktion, sowie gegen die Nichtanerkennung des Arbeiterrats protestiert wird. Die Versammelten verlangen die Entfremdung des Bauamts Galia und Stadtdirektor Nobeling von ihren Posten und Erlegung durch Männer, die der neuen Zeit entsprechen, ferner die Entfremdung einzelner Oberaufsicht von ihren Posten.

